

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

38. Sitzung des Wirtschaftsausschusses und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"

Sitzungstermin:	Montag, 08.05.2023	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	18:36 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Ulrich Krause - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Bernhard Simon - CDU		
Philip Brozio - SPD		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	Vertretung für: Frau Mandy Siegenbrink	
Peter Reinhardt - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Herwig Alt - AfD		
Günther Frings - Die Unabhängigen	Vertretung für: Herrn Lars Lehrke	
Rüdiger Hinrichs - FREIE WÄHLER & GAL		
Stefan Klüssendorf - SPD		
Rüdiger Longuet - CDU	Vertretung für: Herrn Dr. Burkhard Eymer	
Nathalie Möller - BfL	ab TOP 2.1.	
Henning Schumann - CDU	Vertretung für: Herrn Oliver Prieur Fraktionsvorsitzender	
Heike Stegemann - FDP		
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Hans-Jürgen Martens - DIE LINKE		
Beiratsmitglieder		
Jürgen Cladow - Beirat für Senior:innen	Teilnahme im ö. Teil (TOP 1-9)	
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		
Jochen Mauritz - CDU		

Verwaltung	
Piroska Csösz - 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	
Uwe Kirchhoff - 2.830 Kurbetrieb Travemünde	Teilnahme im ö. Teil (TOP 1-9)
Ralf Kuschmierz - FBC FB 2	
Barbara Schäfers - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	Teilnahme im ö. Teil (TOP 1-9)
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Protokollführung	
Jan Ehrich - 2.830 Kurbetrieb Travemünde	
Lena-Marie Mickley - 2.830 Kurbetrieb Travemünde	
Gäste	
Olivia Kempke - Lübeck Management e.V.	Teilnahme im ö. Teil (TOP 1-9)
Christian Martin Lukas - Lübeck und Travemünde Marketing GmbH	Teilnahme im ö. Teil (TOP 1-9)
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Dr. Burkhard Eymmer - CDU	abwesend
Lars Lehrke - Die Unabhängigen	abwesend
Dr. Marek Lengen - SPD	abwesend
Oliver Prieur - CDU Fraktionsvorsitzender	abwesend
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Lars Küther - fraktionslos	abwesend
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	abwesend
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Anka Grädner - Fraktion 21 Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der 37. Sitzung vom 13.03.2023	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Einzelhandelsentwicklung	
3.2	Mitteilungen der Verwaltung	
3.3	Die digitale ostseecard und der Lübecker Bucht Guide	
3.4	Neue Anfragen	
4	Berichte	
4.1	Maßnahmenplan für den Umgang mit Tagesgästen an stark frequentierten Tagen im Seebad Travemünde	VO/2023/12005
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Austauschvorlage: Masterplan Klimaschutz	VO/2023/11957-01
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	CDU: Neue Regelungen für den Grünstrand	VO/2022/11497
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Streitfall der Ausschuss.

- a) Es sind keine Verpflichtungen vorzunehmen.
- b) Es gibt keine ergänzenden Anträge zur Tagesordnung.
- c) Der Vorsitzende stellt den Antrag, die TOP

4. Berichte

4.1. VO/2023/12005

Maßnahmenplan für den Umgang mit Tagesgästen
an stark frequentierten Tagen im Seebad Travemünde

und

6. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

6.1. VO/2022/11497

CDU: Neue Regelungen für den Grünstrand

gemeinsam unter TOP 6.1. zu behandeln.

- d) Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist. Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen.
- e) Gemäß § 9 Abs. 6 i. V. mit § 34 Abs. 1 GeschO der Bürgerschaft dürfen am nichtöffentlichen Teil der Sitzung neben den berechtigten Personen weitere Personen nur dann teilnehmen, wenn der Ausschuss auf Antrag von Mitgliedern des Ausschusses oder der Senatorin deren Teilnahme ausdrücklich beschlossen hat. Auf Antrag der Senatorin sollen vom Bereich Wirtschaft und Liegenschaften Frau Csösz sowie vom Fachbereichscontrolling Herr Kuschmierz im nichtöffentlichen Teil der Sitzung anwesend sein.

***Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt zu a) und b) Kenntnis.***

***Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
stimmt zu c) einstimmig der gemeinsamen
Behandlung der TOP 4.1. und 6.1.
unter TOP 6.1. zu.
(12 Ja-Stimmen)***

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" stimmt zu d) mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 10.1. zu.
(11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" stimmt zu e) einstimmig der beantragten Teilnahme am nichtöffentlichen Teil zu.
(12 Ja-Stimmen)**

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der 37. Sitzung vom 13.03.2023

Frau Möller betritt den Sitzungssaal.

Es liegen keine mündlichen oder schriftlichen Einwände gegen die Niederschrift vor.

Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" stellt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung fest.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Einzelhandelsentwicklung

Es liegt nichts vor.

zu 3.2 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegt nichts vor.

zu 3.3 Die digitale ostseecard und der Lübecker Bucht Guide

Herr Kirchhoff und Herr Lukas erläutern dem Ausschuss die digitale ostseecard und den Lübecker Bucht Guide anhand einer Präsentation (Anlage I).

Eine Frage von Herrn Schumann nach einer Einwohner-Version der ostseecard beantwortet Herr Kirchhoff. Hierzu gibt es derzeit eine küstenweite Beratung der Tourismusorganisationen für mögliche Modelle.

Zur händischen Unterschrift auf den Meldescheinen für die Kurabgabe sprechen Herr Dr. Flasbarth und Herr Kirchhoff. Die Vorgabe gilt bundesweit und ist im Bundesmeldegesetz verankert.

***Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.***

zu 3.4 Neue Anfragen

Herr Simon bittet zur nächsten Sitzung nach der Wahl um Informationen zum Sachstand für den Verkauf des Schuppen 9 in Lübeck. Hierzu sollte die LPA zur Sitzung geladen werden.

***Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.***

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Maßnahmenplan für den Umgang mit Tagesgästen an stark frequentierten Tagen im Seebad Travemünde
Vorlage: VO/2023/12005**

Die gemeinsame Beratung erfolgte unter TOP 6.1. der Tagesordnung.

***Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt den Bericht zur Kenntnis.***

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Austauschvorlage: Masterplan Klimaschutz
Vorlage: VO/2023/11957-01**

Frau Schäfers erläutert den Masterplan Klimaschutz anhand einer Präsentation (Anlage II).

Eine Frage von Herrn Reinhardt nach der Einbindung von IHK und Handwerkskammer beantwortet Frau Schäfers. Im Rahmen von Workshops hat eine breite Einbindung der Wirtschaft stattgefunden.

Herr Alt stellt folgenden Änderungsantrag:

1. *Die ca. 320 Aktivitäten des Masterplans können nicht „en bloc“ freigegeben werden; diese müssen vielmehr einzeln aufgeschlüsselt und einzeln beraten und abgestimmt werden.*
2. *Im Masterplan fehlt eine klare Definition des Begriffes „Klimaschutz“. Denn die Frage, der sich dabei stellt, ist folgende: Verstehen wir darunter „nur“ die Reduzierung der Treibhausgase oder gehört noch mehr dazu?*
3. *Es ist im Masterplan klar auszuweisen, was dessen Realisierung über die gesamte Laufzeit des Planes kosten wird; und zwar aufgeschlüsselt nach*
 - *für die Hansestadt Lübeck*
 - *für deren Bürger sowie*
 - *für deren Wirtschaft.*
4. *Danach ist von den zuständigen Gremien ein Budget dafür zu beschließen und eine Controlling-Stelle einzurichten, die prozessbegleitend laufend die tatsächlich anfallenden Kosten ermittelt und mit dem dafür genehmigten Budget abgleicht.*

Herr Dr. Flasbarth plädiert dafür, u. a. das Fernwärmenetz der Stadtwerke von den mittelfristigen Maßnahmen in die sofortigen Positionen zu überführen. Frau Schäfers verweist hierzu auf den kommunalen Wärmeplan der derzeit als Grundlage erarbeitet wird.

Aus Sicht von Herrn Simon muss für den gesamten Klimaschutzplan klar sein, was wann und zu welchen Kosten erfolgt. Die finanzielle Mittel der Stadt können nur einmal ausgegeben werden, hier muss ein transparenter Abwägungsprozess möglich sein. Frau Schäfers geht hierzu darauf ein, dass die ersten 100 prioritären Projekte bereits mit Kosten hinterlegt sind. Da sich die Förderkulisse derzeit stark bewegt, sind längerfristige Maßnahmen nicht seriös zu beziffern.

Herr Martens appelliert daran, die Bevölkerung bei den Projekten zu beteiligen.

Eine Frage von Herrn Frings zum Controlling und einem gesonderten Ausschuss beantwortet Frau Schäfers. Das vorhandene Controlling der Fachbereiche ist hier eingeplant, in der Klimaleitstelle sollen die gewonnen Daten und Sachstände dann zusammenlaufen und ausgewertet werden. Ein zentraler Ausschuss ist bisher nur ein erster Gedanke.

Für Frau Senatorin Steinrücke ist die vorliegende Vorlage ein erster Vorstoß um in den konkreten Austausch zu kommen. Es gilt hierbei insbesondere die Unternehmen und die Bürger mitzunehmen und den gemeinsamen Prozess zu gestalten.

Herr Krause beantragt die Vertagung der Vorlage, damit sich die neu gewählten Gremien und die neue Bürgerschaft mit den für die Zukunft bedeutsamen Inhalten befassen kann.

Herr Dr. Flasbarth beantragt die Vorlage ohne Votum an die Bürgerschaft weiter zu geben, damit für den Entscheidungsprozess der Vorlage keine unnötigen Verzögerungen entstehen.

Der Vorsitzende lässt zunächst über die Vertagung, den Antrag ohne Votum, den Änderungsantrag und anschließend über die Vorlage in der vorgelegten Fassung abstimmen.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, den Masterplan Klimaschutz gem. Anlage 1 und 2 umzusetzen und fortzuschreiben. Hierzu werden zur Umsetzung der Maßnahmen den zuständigen Gremien notwendige Beschlussvorlagen entgegengebracht. Der Bürgerschaft und dem Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung ist regelmäßig über die Umsetzung des Masterplans zu berichten.

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" lehnt den Antrag auf Vertagung mehrheitlich ab.
(6 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimme)**

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" lehnt es mehrheitlich ab, die Vorlage ohne Votum zur Kenntnis zu nehmen.
(6 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimme)**

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" lehnt den Änderungsantrag des AM Alt mehrheitlich ab
(1 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimme)**

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich, die Vorlage abzulehnen.
(5 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimme)**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	5
	Nein-Stimmen	8
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 CDU: Neue Regelungen für den Grünstrand
Vorlage: VO/2022/11497**

Frau Senatorin Steinrücke erläutert einleitend, dass der als Bericht vorliegende Maßnahmenplan der Verwaltung auf Basis der Ergebnisse aus der Einwohnerbefragung zur Tourismusakzeptanz, der Tourismusstrategie und dem ausgewerteten Feedback der Gäste erstellt wurde. Die Verwaltung hat fachbereichsübergreifend an dem Papier zusammengearbeitet.

Der Maßnahmenplan beschäftigt sich nicht nur mit dem Bereich des Grünstrandes, sondern bildet ein Gesamtkonzept für die Sommersaison im Seebad Travemünde. Nach der vorgesehenen Erprobung in der Sommersaison 2023 erfolgt eine Evaluierung und anschließende Unterrichtung der Gremien.

Eine Frage von Herrn Martens zur Durchsetzung der Maßnahmen beantwortet Herr Kirchhoff. Im Bereich der Liegewiese und der weiteren Grünflächen des Kurbetriebes wird das Grillverbot in der Erprobungsphase im Wege des Hausrechtes unter Zuhilfenahme eines Wachdienstes durchgesetzt. Nach der Evaluierung wäre die Schaffung bzw. Erweiterung von entsprechendem Satzungsrecht analog der Grünanlagen in der Stadt denkbar.

Zur Erweiterung der Spiel- und Sportangebote sprechen Frau Stegemann und Herr Kirchhoff. Hier sind kleine Ergänzungselemente angedacht, die keiner größeren Baugenehmigung bedürfen. Beispielhaft nennt Herr Kirchhoff weitere Felder für Beachvolleyball, Handball etc.

Herr Schumann äußert, dass ein Aufatmen der Bürger:innen in Travemünde zu vernehmen war. Die Verwaltung hat mit dem Maßnahmenplan aus seiner Sicht zwar erkannt, dass ein dringender Handlungsbedarf besteht, die Maßnahmen gehen aber nicht weit genug.

Herr Dr. Flasbarth bestätigt, dass auch aus seiner Sicht ein Handlungsbedarf besteht. Ein umfassendes Grillverbot für die gesamte Sommersaison ist jedoch eine harte Einschränkung für die vielen Tagesgäste, die Travemünde im Sommer anfahren. Eine quantitative Einschränkung unter Beteiligung der Tagesgäste wäre ein milderer Mittel. Frau Steinrücke stellt hierzu klar, dass eine Beteiligung von unbekanntem Tagesgästen schwierig, eine quantitative Regulierung dieser nahezu kaum möglich ist. Dem gegenüber sind die Bewertungen der Situation durch Einwohner:innen und Übernachtungsgäste eindeutig bekannt.

Aus Sicht von Herrn Reinhardt sollte zunächst mit Wach- und Ordnungsdienst darauf hingewirkt werden, dass die Nutzung diszipliniert und im Rahmen der vorgegebenen Regeln erfolgt. Herr Kirchhoff erläutert hierzu, dass der Versuch der Regulierung seit vielen Jahren betrieben wurde. So wurde das Grillen zuletzt bereits vor Corona auf 6 Grillflächen eingeschränkt. Auf diesen standen dann aber in der Hauptphase des Sommers unzählige Grills. Weitere Gäste mit dem Grill im Gepäck sind dann auf andere Flächen ausgewichen, obwohl hier das Grillen nicht erlaubt ist. Eine Regulierung der Anreise ist nicht möglich. Hierzu sprechen Herr Reinhardt, Herr Krause, Herr Kirchhoff und Herr Frings.

Zum eingesetzten Wachdienst sprechen Herr Frings und Herr Kirchhoff. Grundsätzlich sind an allen Wochenenden von Mitte Mai bis Mitte September zwei Kräfte des Wachdienstes zur Überwachung im Kurgebiet präsent. Für die Durchsetzung des Grillverbotes werden zusätzliche Kräfte beauftragt, diese werden dann auch an den Wochentagen tätig.

Herr Simon geht auf die definierten Ziele zum Tourismus im Seebad ein. In den letzten Jahren sind viele Investitionen in die Infrastruktur geflossen, um einen qualifizierten Tourismus als Wirtschaftsfaktor zu entwickeln und zu etablieren.

Zu den Zielgruppen des Tourismus sprechen Herr Reinhardt und Frau Steinrücke. Herr Reinhardt appelliert, keine Ausgrenzung von Gästegruppen zu schaffen. Frau Steinrücke stellt hierzu klar, dass es in keiner Weise das Ziel der Bevorzugung von bestimmten Gästegruppen gibt. Vielmehr geht es bei etwaigen Einschränkungen und Regeln darum, einen Kompromiss zu einem hohen Erholungswert für alle Menschen im Seebad zu schaffen.

Herr Lukas verweist auf den erfolgten Bürger:innendialog im Rahmen der Einwohnerbefragung zur Tourismusakzeptanz. Einer der deutlich negativ benannten Punkte war das Grillen im Bereich des Grünstrandes. Frau Kempke ergänzt hierzu, dass der Grünstrand aus ihrer Einschätzung auch ohne das Angebot des Grillens eine hohe Nutzung erfahren wird.

Herr Mauritz geht auf die auch im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung geführte Diskussion ein. Im Bereich der Hansestadt Hamburg sind zwischenzeitlich vielfach Grillverbote in städtischen Grünanlagen erlassen worden, von hier entsteht ein Abwanderungstrend zu unregulierten Flächen außerhalb der Großstadt. Diese Entwicklung kann aus seiner Sicht nicht zu einer Verdrängung von Einheimischen und Übernachtungsgästen führen.

Herr Brozio beantragt die Vertagung des Überweisungsantrages auf die erste Sitzung nach der Wahl und damit zum Ende der Sommersaison 2023, damit in dieser Sitzung mit den Ergebnissen der Evaluierung der Verwaltung erneut beraten werden kann.

Herr Schumann formuliert folgenden Änderungsantrag zum Überweisungsantrag:

Wir begrüßen grundsätzlich die Vorlage des Kurbetriebs mit den angeführten Änderungen und Verbesserungen für den Grünstrand in Travemünde. Leider sind nicht alle – in unseren Augen notwendigen – zu regelnden Missstände mit einbezogen worden. Darüber hinaus geht die vorgeschlagene Regelung in die richtige Richtung, ist aber nur halbherzig und führt in dieser Form nur zu zeitlichen und örtlichen Verlagerungstendenzen der abzustellenden Missstände.

Daher stellen wir folgenden Änderungsantrag:

- 5. Der Grünstrand und alle weiteren Grünflächen in Travemünde sind in die Grünanlagensatzung der Stadt mit aufzunehmen.*
- 6. Die temporäre Einbahnstraßenregelung der nördlichen Kaiserallee ist aufzuheben und dort ein generelles Parkverbot anzuordnen.*
- 7. Die Regelung auf dem Grünstrand & der anderen Grünflächen soll den Regelungen der Nachbar-Ortschaften (Timmendorf & Scharbeutz) angepasst werden. Folgende Dinge sind ganzjährig zu untersagen:
 - a. offenes Feuer & Grillen*
 - b. Shisha (da auch mit Kohle/Glut betrieben)*
 - c. laute Musik*
 - d. Zelte**

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung und den Änderungsantrag abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beauftragt den Bürgermeister, bis zum November des laufenden Jahres Eckpunkte für ein Konzept mit unterschiedlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation am Grünstrand und am Kurstrand in Travemünde vorzulegen.

Die Situation ist in der laufenden Saison erneut dadurch gekennzeichnet, dass auf dem Grünstrand und auch auf dem Kurstrand zuletzt häufiger Gruppen dadurch auffallen,

- 8. dass gegrillt wird und / oder Zelte errichtet werden,*
- 9. dabei anfallender Müll einfach liegengelassen wird,*
- 10. Strandbesucher, Strandkorbvermieter, Passanten und Gäste angrenzender Gastronomie-Betriebe bepöbelt und bedroht werden,*
- 11. dass mittlerweile sogar auf der Kurpromenade und benachbarten Grünflächen (Brügmanngarten und Eselswiese) decken, Gaskocher u.s.w ausgebreitet werden.*

Dem ist entgegenzuwirken.

Der Bürgermeister wird aufgefordert,

- an der Aufstellung des Konzeptes mindestens den Kurbetrieb, das Ordnungsamt und das Polizeirevier Travemünde zu beteiligen;*

- zu prüfen, ob die Ausweisung des Grünstrandes als städtische Parkanlage statt als (Grün-)Strand erforderlich und geeignet ist, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, auf der den beschriebenen Missständen wirksam abgeholfen werden kann;
- zu prüfen, ob im Zusammenhang damit auch die bestehende Strandsatzung anzupassen ist;
- die Ausweisung des nördlichen Teils der Kaiserallee als temporäre Einbahnstraße aufzuheben und ein generelles Parkverbot in diesem Bereich anzuordnen.

Besonderes Augenmerk soll dabei darauf gerichtet werden, dass

- a) auf dem gesamten Grünstrand das Grillen untersagt wird und bestehende gemauerte Grillstellen zurückgebaut werden;
- b) auf dem gesamten Grünstrand und Kurstrand das Mitbringen und Aufstellen von Zelten, Strandmuscheln, größeren Sonnenschirmen, Strandliegen und vergleichbaren Gegenständen spätestens ab Sonnenuntergang verboten und auch tatsächlich unterbunden wird;
- c) das Ablegen, Ausbreiten und auch nur vorübergehenden Lagern von Gegenständen wie Gaskochern, Decken, Picknickbedarfsartikel, etc. auf der Promenade und Grünflächen in deren Umfeld (etwa im Brüggmanngarten und Eselswiese) unterbunden wird;
- d) dass das Zurücklassen von Müll und / oder Gegenständen der unter b) bezeichneten Art verboten wird und mit empfindlichen Bußgeldern belegt wird;
- e) im gesamten Badebereich vor dem Grün- und Kurstrand die Nutzung von Motorbooten, ausgenommen der Boote der DLRG oder von Rettungsdiensten, verboten und mit empfindlichen Bußgeldern belegt wird;
- f) Zuwiderhandlungen gegen a) bis e) als Ordnungswidrigkeiten mit spürbaren Bußgeldern belegt werden, die dann auch ab dem erstmaligen Verstoß verhängt werden sollen;
- g) das einseitige Parken auf dem nördlichen Teil der Kaiserallee unterbunden wird, etwa durch Aufhebung der saisonalen Einbahnstraßenregelung und Durchsetzung eines dort anzuordnenden Parkverbotes.

Der Bürgermeister möge der Bürgerschaft bis zur Novembersitzung ein Konzept zumindest mit diesen wesentlichen Eckpunkten und entsprechende Satzungs- oder Satzungsänderungsentwürfe entgegenbringen

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
lehnt den Antrag auf Vertagung
mehrheitlich ab.
(5 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimme)**

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt den Änderungsantrag
des AM Schumann mehrheitlich an.
(7 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimme)**

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich,
gemäß geändertem Beschlussvorschlag
zu entscheiden.
(7 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimme)**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	7
	Nein-Stimmen	6
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 8 Verschiedenes

Frau Senatorin Steinrücke bedankt sich bei Herrn Krause für die Leitung der vielen Sitzungen des Ausschusses als Vorsitzender und überreicht einen Blumenstrauß.

***Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.***

zu 9 Ende des öffentlichen Teils
--

Der Vorsitzende schließt um 18.34 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 18.35 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

***Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.***

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass im nicht öffentlichen Teil der Sitzung lediglich der nicht öffentliche Teil der Niederschrift der 37. Sitzung festgestellt wurde.

***Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.***

Lübeck, den 12. September 2023

Ulrich Krause
Vorsitzende/r

Jan Ehrich
Protokollführung